

BERLIN AKTUELL

**BÄRBEL
BAS**



FÜR DUISBURG IN BERLIN.

**MAHMUT
ÖZDEMİR**



IMPRESSUM

HERAUSGEBER - V.I.S.D.P.:

MAHMUT ÖZDEMİR, MDB | BÄRBEL BAS, MDB

REDAKTION: JOHANNES JIANG | MANUEL REIß

LAYOUT & DESIGN: CHRISTIANE KRAMER

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

www.baerbelbas.de

www.oezdemir-fuer-duisburg.de

Texte werden z.T. über die SPD-Bundestagsfraktion bezogen.

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION



Liebe Leserinnen und Leser,

die Sommerpause des Deutschen Bundestages ist vorbei, der Sitzungsbetrieb ist wieder in vollem Gange und beginnt mit einem Erfolg für uns als SPD: Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung, der Gegenstand der Beratungen der vergangenen „Haushaltswoche“ war, setzt das Solidarprojekt der SPD-Fraktion um. Das bedeutet vor allem zusätzliche Investitionen in den sozialen Zusammenhalt.

Der Haushalt 2017 umfasst Ausgaben in Höhe von 328,7 Milliarden. Das sind 11,8 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr (316,9 Milliarden Euro). Der Gesetzentwurf sieht keine Aufnahme neuer Kredite vor. Den höheren Ausgaben stehen geplante Steuermehreinnahmen in Höhe von 13,72 Milliarden Euro gegenüber. Das ist auf die gute gesamtwirtschaftliche Lage zurückzuführen. Es wird deshalb aber auch eine Debatte um Steuergerechtigkeit zu führen sein. Dies sollte sachlich und solidarisch geschehen. Die pauschale Forderung nach der Absenkung des Spitzensteuersatzes halten wir deshalb für verfehlt.

2

Außerdem ist für uns klar: Öffentliche Sicherheit gibt es nicht ohne soziale Sicherheit. Deshalb setzen wir uns auch für eine stärkere Förderung etwa von Jugendintegrationsdiensten, aber auch der Sprachbildung in Kitas ein.

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Bärbel Bas

Mahmut Özdemir



Inhaltsverzeichnis

HAUSHALT Haushaltsberatungen 2017	3
GENERALDEBATTE Generalaussprache zum Haushaltsetat	4
WIRTSCHAFT Sigmar Gabriel über die Aufgaben der sozialen Marktwirtschaft	6

TOP-THEMA

HAUSHALT

Haushaltsberatungen 2017

Großer Erfolg für die Sozialdemokraten: Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung setzt das Solidarprojekt der SPD-Fraktion um. Das bedeutet vor allem zusätzliche Investitionen in den sozialen Zusammenhalt.

In der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause finden traditionell Haushaltsberatungen statt. So hat von diesem Dienstag an der Bundestag in erster Lesung über den Haushalt für das Jahr 2017 (Drucksache 18/9200) und den Finanzplan bis 2020 (Drucksache 18/9201) beraten. Bis zum Ende der Woche wurden die Einzelpläne der Ministerien debattiert. Über das Haushaltsgesetz stimmt das Parlament am Freitag, 25. November, namentlich ab.

Carsten Schneider, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, machte deutlich, dass Investitionen in den Bereich Soziales für die SPD-Fraktion keine Kostenbelastung seien und dass sozialer Zusammenhalt mehr bedeute, als die Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und den Bundesländern neu zu fassen. In diese Richtung hatte zuvor Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) argumentiert. Vielmehr gehe es laut Schneider darum, dass die Menschen sozial „besser leben können“. Er machte deutlich, dass sich seine Fraktion Steuerentlastungen nicht in den Weg stelle, sie müssten aber gezielt sein, nämlich vor allem bei Gering- und Mittelverdienern. Wichtig sei deshalb zu schauen, wo es „in der sozialen Sicherung noch Lücken“ gebe, etwa bei Alleinerziehenden.



Auch der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Johannes Kahrs sieht eine Steuerentlastung positiv und sprach davon, den Spitzensteuersatz zu verschieben; er greife zu früh. Kahrs bezeichnete den Haushaltsentwurf als „gut“, an einigen Punkten müsse aber nachgebessert werden, zum Beispiel bei den Jugendintegrationsdiensten; da fehlt es an Mitteln. Vor allem die Bundespolizei müsse weiter gestärkt werden, und zwar nicht nur personell, sondern auch bei ihrer Ausrüstung. Kahrs: „Die gehen auf dem Zahnfleisch und machen einen Wahnsinnsjob“.

Zum Hintergrund:

Bereits im Haushaltsvollzug 2014 kam der Bund ohne neue Schulden aus. Mit dem Bundeshaushalt 2015 hat der Bund zum ersten Mal einen Haushalt ohne Neuverschuldung sowohl aufgestellt als auch vollzogen. Auch der Bundeshaushalt 2016 sah keine Nettokreditaufnahme vor. Mit dem Regierungsentwurf 2017 und dem Finanzplan bis 2020 wird dieser nachhaltige Kurs fortgesetzt – Jahr für Jahr.

4

GENERALDEBATTE

Generalausprache zum Haushaltsetat

Es ist der Tag der Abrechnung für die Opposition: die Generaldebatte im Bundestag anlässlich der Haushaltsberatungen. Traditionell werden alle wichtigen politischen Themen behandelt. Es ist aber auch der Tag der Bilanzierung für die Regierungsfaktionen: Was ist erreicht worden, was soll noch kommen? Es geht darum, Politik zu erklären.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Thomas Oppermann warnte gleich zu Beginn seiner Rede am Mittwoch davor, antitürkische Ressentiments zu schüren. Die beiden Oppositionsfaktionen Linke und Grüne hatten zuvor das Flüchtlingsabkommen zwischen EU und Türkei kritisiert. Oppermann machte klar: „Das Türkeiabkommen hilft vor allem den Flüchtlingen in der Türkei“. Es sei sinnvoll.

Ein alle Redner begleitendes Thema in der Debatte war zudem der Erfolg der rechtspopulistischen AfD. Für Oppermann kann eine Demokratie nur funktionieren, wenn „die Menschen tolerant zusammen leben und der Staat inneren Frieden garantiert“.



Er ist sicher, dass „wir den Rechtspopulisten am schnellsten das Wasser abgraben können, wenn wir mit einem handlungsfähigen Staat für öffentliche Sicherheit sorgen und uns um soziale Sicherheit kümmern. Auf dieser Grundlage werden wir die kulturellen Herausforderungen der Integration meistern.“

Vor diesem Hintergrund dankte Oppermann dem Koalitionspartner CDU, dass die Phantomdebatte um ein Burka-Verbot beendet sei. „Es gibt viele gute Gründe gegen die Burka, aber mit innerer Sicherheit hat das ganz sicher nichts zu tun. Wer solche Debatten hochzieht, die Angst machen und nicht zu mehr Sicherheit führen, trägt ganz entscheidend zur Unsicherheit in Deutschland bei“, sagte Oppermann.

In Sachen Sicherheit konstatierte er ein großes Bedürfnis der Bevölkerung. Viele seien verunsichert. Deshalb forderte der Fraktionschef erneut weitere 3000 Stellen bei der Bundespolizei und mehr Polizeipräsenz im öffentlichen Raum. Das stärke nicht nur das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger, „es verbessert auch die Möglichkeiten, Gefahren zu bekämpfen, Straftaten aufzuklären und Verbrecher dingfest zu machen.“

5

Eine Perspektive in der Mitte der Gesellschaft

Öffentliche Sicherheit allein reicht aber nicht aus, auch soziale Sicherheit ist vonnöten. Das machte Oppermann sehr deutlich. Denn: „Menschen, die eine Zukunft für ihr Leben und für das ihrer Kinder sehen, sind weniger anfällig für Extremismus und weniger anfällig für Hass und Gewalt. Ein guter Schulabschluss, echte Aufstiegschancen und eine Perspektive in der Mitte der Gesellschaft gehören deshalb auch mit zu einer richtig verstandenen Sicherheitspolitik.“

Dazu gehört auch eine anständige und durchdachte Integrationspolitik. Die wurde, so führte Oppermann aus, vor allem durch das beschlossene Integrationsgesetz angestoßen – auf Druck der Sozialdemokraten. Fördern und Fordern lautet die Maxime.

Doch nicht nur den Flüchtlingen wird geholfen. Oppermann zählte auf: „Wir fördern beherzt Wohnungsbau, Kita-Plätze und Eingliederungshilfen in den Arbeitsmarkt. Bei diesen Förderprogrammen müssen wir genau darauf achten, dass Flüchtlinge und Deutsche gleichermaßen davon profitieren, dass sie nicht gegeneinander ausgespielt werden.“



Dass die Koalition noch viel vorhat, wurde am Ende von Oppermanns Rede deutlich: „Wir wollen die Betriebsrenten stärken. 40 Prozent der Arbeitnehmer bekommen derzeit keine betriebliche Altersversorgung“, sagte Oppermann. Und auch die Angleichung der Renten Ost an West stehe oben auf der Agenda. Oppermann: „Das ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit.“ Ebenso noch kommen soll die solidarische Lebensleistungsrente für diejenigen, die jahrzehntelang Rentenversicherungsbeiträge gezahlt haben. Sie müssen im Alter mehr haben, als jemand, der nicht gearbeitet hat.

Zu sozialer Sicherheit gehört für die SPD-Fraktion auch, dass sie Menschen mit Behinderung weiter stärkt. Das Bundesteilhabegesetz ist eine der großen sozialpolitischen Reformen die in dieser Legislaturperiode kommen muss, denn Behinderung darf keine Armutsfalle sein, weder für Menschen mit Behinderungen noch für ihre Familien.

Arbeiten gut und sachlich zusammen

Mit einem fulminanten Rundumschlag listete auch der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Johannes Kahrs die (finanziellen) Erfolge sozialdemokratischer Politik in der Koalition auf: Mindestlohn, Frauenquote, Mietpreisbremse, Städtebauförderung, Rente ab 63, Mütterrente, Kitausbau, Kultur- und Sportförderung, Krisenprävention, Verkehrsinfrastruktur, Integrationsleistungen und vor allem Entlastung der Kommunen. Noch nie zuvor habe eine Koalition derart investiert und entlastet, sagte Kahrs. „Wir arbeiten gut und sachlich zusammen“, bekräftigte er – und das werde auch so bleiben. Kahrs prognostizierte Einigungen beim Bundesteilhabegesetz ebenso bei der Erbschaftsteuer und den Bund-Länder-Finanzbeziehungen.

WIRTSCHAFT

Sigmar Gabriel über die Aufgaben der sozialen Marktwirtschaft

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hat in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am vergangenen Donnerstag die Frage nach dem sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft in den Mittelpunkt gestellt. Anlass waren die Haushaltsberatungen für das Jahr 2017. Zwar sei die gesamtwirtschaftliche Lage sehr gut, die Arbeitslosigkeit auf einem Tiefststand, die Löhne und Gehälter steigend, die Auftragsbücher voll. Kurz: Die Richtung der Koalition stimme. Und doch seien viele Menschen verunsichert, ja sogar skeptisch. Diesem Paradoxon trug Gabriel nun mit seiner Grundsatzrede Rechnung.



Er verwies zum einen darauf, dass „Leistung wieder Anerkennung“ finde und sich Anstrengung wieder lohne; er erklärte aber auch, was die soziale Marktwirtschaft ausmachen muss. „Soziale Marktwirtschaft ist ein Aufruf für Teilhabe, sie ist ein Versprechen für Wohlstand für alle“, die Politik dürfe „dabei nicht Zuschauer sein, sondern sie muss sich einmischen und Regeln setzen“, stellte Gabriel klar. Was das bedeutet, erklärte er an dem Beispiel der Steuervermeidung von multinationalen Großkonzernen wie Apple oder Amazon. „Es geht nicht darum, diese Unternehmen vorzuführen, aber sie dürfen sich nicht aufführen wie Feudalherren“. Die soziale Marktwirtschaft müsse auch in internationale Verhandlungen eingebracht werden.

Aktionen wie Steuerdumping führen nicht zuletzt zu einem Gefühl von Ungerechtigkeit, und das gelte es zwingend zu vermeiden, machte Gabriel deutlich. Eindringlich warb er für einen Ausbau des Solidarpaktes zugunsten der einheimischen Bevölkerung. „Wir müssen in einer Lage, in der wir binnen eines Jahres mehr als eine Million Flüchtlinge aufgenommen haben, die Gesellschaft zusammenhalten. Das ist die eigentliche Schicksalsfrage“, sagte Gabriel und mahnte: „Weniger denn je dürfen wir die soziale Stabilität und den inneren Frieden aufs Spiel setzen.“

7

Politik lebt vom aktiven Handeln

Die Menschen, die in Deutschland Schutz suchten, hätten Solidarität verdient. „Aber nicht nur die. Konkurrenz am Arbeitsmarkt, am Wohnungsmarkt, Sorgen um die Qualität der Schulen, Sorgen um Kriminalität in schwierigen Stadtteilen – das betrifft vor allem die in Deutschland, die nicht viel Geld haben.“ Das auszusprechen und für einen Zusammenhalt der Gesellschaft zu sorgen, bedeute „nicht, Rechtspopulisten das Wort zu reden“. Es handele sich auch nicht um ein Ausspielen von Flüchtlingen gegen Einheimische. Es bedeute, Menschen ernstzunehmen und ihnen zu zeigen, dass niemand vergessen werde. „Denn Politik lebt vom aktiven Handeln und nicht von Durchhalteparolen.“ Diese beiden Aufgaben subsumierte Gabriel unter dem Label „doppelte Integration“. Anerkennend lobte er: „Ich kenne kein anderes Land der Erde, das dazu so schnell in der Lage gewesen wäre.“

Und aus diesen Gründen dürfe der Staat nicht handlungsunfähig werden, etwa durch Steuersenkungsversprechen, die am Ende keiner bezahlen könne. Die Menschen, so erklärte es der Vizekanzler, sehnen sich nach einem starken, aber nicht übergriffigen Staat. Auf diese Balance komme es an, denn Sicherheit habe viele Facetten, bis hin zu sozialem Wohnungsbau. Solidarität dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden.



Berlin Aktuell

Newsletter der Bundestagsabgeordneten

Bärbel Bas & Mahmut Özdemir

Ausgabe 13/2016 – 12.09.2016



Als weitere Aufgaben nannte Gabriel, die Risiken von abhängig Beschäftigten zu minimieren, Kleine Unternehmen sowie Familien und Alleinerziehende zu entlasten und mehr in Bildung zu investieren. Dazu gehöre die Sanierung der Schulen genauso wie das Vorhaben, die modernste Infrastruktur der Welt zu schaffen. Gabriel: „Der Bund will den Ländern im Bildungsbereich helfen“, aber dann müsse das Kooperationsverbot abgeschafft werden. Es sei „eine Wachstumsbremse“.